

Wortlaut der Rede von Laurent Joachim vor der Kreisdelegiertenversammlung (KDV) am 09.03.2013 in Berlin-Pankow.

Vorstellung des Antrages:

### **Ein Mandat, eine Aufgabe, eine Verantwortung**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich freue mich sehr, euch diesen Antrag vorstellen zu dürfen.

Für diejenigen, die mich persönlich noch nicht kennen, möchte ich mich zuerst kurz vorstellen.

Ich wurde jenseits des Rheins in einer Arbeiterfamilie geboren. Dort verbrachte ich auch meine Jugend.

Seitdem habe ich in verschiedenen europäischen Ländern gewohnt, vorwiegend in Deutschland und einige Jahre in Finnland.

Studiert habe ich Germanistik in Bochum, Saarbrücken und Straßburg, sowie Politikwissenschaft in Berlin.

Zurzeit arbeite ich als freischaffender Journalist und Übersetzer.

Ich bin der Partei 2003 beigetreten, als ich nach Berlin kam.

Nun zum Antrag.

## **Ein Mandat, eine Aufgabe, eine Verantwortung.**

Wir sprechen von einer halbe Million Euro seit dem Beginn der Legislaturperiode. Aber einige bezweifeln, dass es im öffentlichen Streit um die Nebenverdienste des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück Handlungsbedarf gäbe.

Doch der Absturz des Kanzlerkandidaten in der Wählergunst seit dem Anfang der von etwa einer ist ein deutliches Warnsignal der Öffentlichkeit an die Politik: der Kanzlerkandidat kann sich zurzeit auf nur noch 29% der Wählerstimmen freuen.

Es verwundert auch kaum. Peer Steinbrück soll bis zu 25.000 Euro für einen einstündigen Vortrag bekommen haben.

Zum Vergleich: Angela Merkel erhält eine halbe-Diät (Regierungsmitglied) vom Bundestag. Hinzu kommen ca. 17.000,- Euro Kanzlergehalt, mach auch etwa 25.000 Euro – pro Monat.

Die Bürger sind empört: laut Spiegel, 2013, würde in diesem Kontext „Ein Viertel der SPD-Wähler (...) für Merkel stimmen“.

Eine Front der Ablehnung macht sich breit.

Das Hamburger Abendblatt schrieb kürzlich, dass die Müllmänner in Hamburg seit Anfang des Jahres über jeden Cent Trinkgeld Rechenschaft ablegen müssen und Beträge über 10 Euro gar nicht annehmen dürfen, denn da beginnt die Vorteilnahme in Amt. Bezugnehmend auf die Steinbrück-Affäre fasst das Blatt zusammen: „Die oben werden beschenkt und die unten gehängt“.

Weitere Schlagzeilen der Presse sind nicht besser: ich zitiere: „Politiker im Visier von Korruptionsexperten“, Handelsblatt, 2010; „Der Abgeordnete mit den meisten Nebentätigkeiten“ (es sind 30 an der Zahl) (Frank Steffel, CDU), Die Welt, 2010; „Steinbrück schwänzte Bundestag für Reden“, BZ, 2012; „Abgeordnete mit Nebentätigkeiten, Die Abkassierer aus dem Bundestag“, FTD, 2012; „Der gekaufte Volksvertreter“, Dradio, Hintergrund, 2012... und die Liste könnte seitenlang fortgeführt werden.

Solche Missstände sind heute unserem Land nicht mehr zuzumuten und unserer Wählerschaft nicht zu vermitteln.

Solche Zustände sind eine Gefahr für die demokratische Rechtsordnung.

Dabei ist die Affäre bei Weitem noch nicht ausgestanden und eine Klage gegen Steinbrück wegen Korruption ist, dem Vernehmen nach, nicht einmal auszuschließen.

Deshalb müssen wir nun als Partei klare und dezidierte Worte finden.

Das liegt auch im gemeinschaftlichen Interesse, denn die meisten Nebenverdiener im Bundestag kommen ja nicht aus unseren Reihen – im Gegensatz zu der zurzeit herrschenden öffentlichen Wahrnehmung.

Von den 10 umsatzstärksten Nebenverdienern im Bundestag gehören nämlich alle den Regierungsparteien (CDU, CSU, FDP) an – bis auf eine einzige Ausnahme.

Mit diesem Antrag wollen wir niemanden stigmatisieren oder gar an den Pranger stellen.

Es geht nicht um Vergangenheit, es geht um Zukunft.

Wir wollen mit diesem Antrag die Mehrheit der Abgeordneten unterstützen, die sich vollumfänglich Ihrem Mandat widmen.

Es ist kein „Gegen“-Antrag, es ist ein „Für-Antrag“.

Es ist ein Antrag für bessere Politik; Es ist ein Antrag für besseren Zusammenhalt in der Gesellschaft; und es ist ein Antrag für die Rückbesinnung auf sozialdemokratische Ur-Werte.

Ich weiß, dass einige von euch sich unsicher sind, ob man den einen oder anderen Satz dieses Antrages so oder vielleicht anders formulieren sollte, beziehungsweise die eine oder andere Forderung so oder vielleicht anders konkretisieren sollte.

Aber ich weiß auch, mit Sicherheit, dass jede und jeder einzelne von uns in diesem Raum sich zu den Prinzipien der Sozialdemokratie bekannt hat.

Wer zu diesen Prinzipien steht, hat beim Eintritt in der Partei schon für sich entschieden, dass die Neutralität und Unabhängigkeit aller Abgeordneten in den Landtagen und dem Bundestag ein hohes demokratisches Gut sind, ein Gut dem es zu schützen gilt.

Mit diesem Antrag geht es darum sich zu diesen Prinzipien zu bekennen.

Es geht darum in schwierigen Zeiten die Stimme der Vernunft und der Demut zu erheben, damit diese Stimme von nun an von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Über Details kann endlos debattiert werden, aber hier und jetzt wäre es kaum zielführend.

Deshalb sollten wir die Details dem Parteitag bzw. dem Gesetzgeber überlassen und uns auf das Wesentliche konzentrieren: auf eine starke Botschaft, die wir vermitteln wollen, die wir ja gar vermitteln müssen.

Einige von euch denken vielleicht, dass wir uns in Teufelsküche bringen, wenn wir uns zum jetzigen Zeitpunkt des Themas annehmen.

Genau das Gegenteil ist der Fall.

Wir werden keine erfolgsversprechende Wahlkampagne führen können, wenn die Nebenverdienste des Kanzlerkandidaten weiterhin von den Medien ausgeschlachtet werden können und uns Ablehnung in der Bevölkerung bescheren.

Deshalb müssen wir diesen Nachhutkampf, den wir nicht gewinnen können, nicht mal ansatzweise, endlich auf ein besseres Gebiet verlagern.

Deshalb müssen wir eine neue politische Front eröffnen, von wo aus wir als Sieger hervortreten können.

Deshalb müssen wir mit der Vergangenheit brechen und eine Zukunft schaffen.

Wir müssen Fakten schaffen, worauf wir als Sozialdemokraten stolz sein können.

Wir müssen Fakten schaffen, die unseren Prinzipien und Idealen entsprechen.

Und wir müssen Fakten schaffen, die unsere Wähler mobilisieren und potentielle Wähler überzeugen können.

Die Zustimmung für diesen Antrag soll ein klares Signal der SPD Prenzlauer Berg an die Wähler sein, dass wir in dieser Sache genauso klar und kompromisslos denken wie die Grünen, die Piraten und die Linke und dass wir gerechtere Werte als die Regierungskoalition vertreten.

Die Zustimmung für diesen Antrag soll ein klares Signal der SPD Prenzlauer Berg an die Wähler sein, dass wir ihre Sorgen und ihre Nöten verstehen und dass die SPD die Partei der Demut und die Partei der Zukunftsvisionen ist.

Deshalb bitte ich euch um Unterstützung.

Nichts zu tun, oder eine abgespeckte Form dieses Antrages zu beschließen, wäre nicht nur ein moralischer Fehler;

Es wäre, gerade in der Situation in der wir uns als Partei befinden, viel schlimmer,

es wäre ein grober politischer Fehler.

Liebe Genossinnen, lieben Genossen,

vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.